

ENTSCHEIDUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Brunner, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Ausstieg aus Tiefseebohrungsprojekten

eingebraucht im Zuge der Debatte über Bericht des Umweltausschusses über den Antrag 1163/A(E) der Abgeordneten Mag. Christiane Brunner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Raus aus Öl! (796d.B.)

Begründung

Vor dem Hintergrund der wahrscheinlich größten Umweltkatastrophe der Geschichte im Golf von Mexiko werden Tiefseebohrungen jetzt grundsätzlich in Frage gestellt, nicht nur von Umweltorganisationen und den Grünen sondern auch von Experten bzw. Vertretern der Ölkonzerne:

„Unglücke wie das im Golf von Mexiko zeigen, dass wir die Sache nicht im Griff haben. (...) Das sind die Folgen der Anwendung von Techniken, die man nicht beherrscht.“ (Wolfgang Blendiger, Professor für Erdölgeologie, fokus.de, 20.5.2010)

„Die Bedingungen ähneln eher der Arbeit auf dem Mond als auf der Erde. Das Risiko wurde unterschätzt. Man dachte es sei minimal, obwohl es in Wahrheit maximal ist.“ (Robert Bea, Professor für Marine-Technologie, Berkeley, Stern.de, 4. Juni 2010)

„Ich glaube, über Tiefseebohrungen muss nach diesem Fall neu nachgedacht werden.“
(Lamar McKay, BP-Chef USA, BR-online, 16.6.2010)

Auch die EU zieht jetzt die Konsequenzen aus der Ölkatastrophe und fordert ihre Mitgliedstaaten auf, vorerst keine neuen Genehmigungen für Ölbohrungen in europäischen Meeren mehr zu erteilen. EU-Energiekommissar Günther Öttinger spricht sich für ein europäisches Moratorium für Ölbohrungen in Ozeanen aus:

„[...] any responsible government would at present practically freeze new permits for drilling with extreme parameters and conditions.“
(Günther Oettinger, EU-Energiekommissar, www.euractiv.com, 8.7.2010)

Größte Ölkatastrophe mit unvorstellbaren Schäden

Die BP Ölkatastrophe im Golf von Mexiko stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Seit nunmehr elf Wochen sprudeln tagtäglich gigantische Mengen Öl unkontrolliert ins Meer. Die ökologischen Schäden für die Flora und Fauna der Region sind unermesslich und werden die Ökosysteme auf lange Zeit, wenn nicht gar dauerhaft zerstören. Fischerei- und Tourismusindustrie in der gesamten Region stehen vor dem Aus.

Gier nach Öl lässt Risiken vergessen

Die Weltöffentlichkeit ist seit zwei Monaten Zeuge, wie eines der finanzkräftigsten Unternehmen der Welt – BP – und die größte Wirtschaftsmacht der Erde – die USA – unfähig sind, den Ölaustritt am Meeresgrund zu stoppen. Beide sind Opfer der eigenen Gier nach Öl zur Deckung des Energiehunger der USA geworden, die offensichtlich jedwede Zurückhaltung und Risikoversorge beim Ausbau der Tiefseeförderung hat in den Hintergrund treten lassen.

Auch die Republik Österreich hängt am Tiefseeöl

„Der Trend geht bei uns – so wie bei allen internationalen Konzernen – in Richtung Tiefsee. [...] Wir bohren dort in Tiefen bis zu 2500 Meter.“ (Helmut Langanger, damaliger Explorationschef der OMV, KURIER 14.3.2010)

Die österreichische OMV ist im Bereich „Deep-Offshore“ aktiv und investiert weltweit beträchtliche Summen in den Ausbau dieses Geschäftsfelds. Die Republik Österreich ist - über die von der ÖIAG gehaltenen OMV-Anteile (31,5% des Aktienbesitzes) – an diesen Tiefseebohrungen beteiligt.

Allein in Nord- und Westeuropa fördert die OMV in der Tiefsee der Barentsee, der Nordsee, im Gebiet der Faröer Inseln und in den als besonders gefährlich geltendem Gebiet westlich der Shetland Inseln. Dazu kommen Offshore-Lizenzen in Nordafrika, im Mittleren Osten, Australien/Neuseeland und Russland/ Kaspische Region.

Stopp der riskanten Tiefseebohrungen

Die Grünen treten seit Langem für einen Ausstieg aus der Ölwirtschaft ein. Nur so lassen sich Katastrophen wie die im Golf von Mexiko auf Dauer vermeiden. Nur so wird die Klimaerwärmung auf ein für den Menschen verträgliches Maß begrenzt werden können. Österreich darf sich an den riskanten Tiefseebohrungen nicht beteiligt. Die Förderung in Meeresgebieten unter 200 Metern Meerestiefe ist technisch nicht zu beherrschen und müssen gestoppt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„1. Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert, in ihrer Eigenschaft als Eigentümervertreterin der OMV (via ÖIAG) ihren Einfluss geltend zu machen, um einen Ausstieg der OMV aus Tiefseebohrungsprojekten voranzutreiben. Dazu zählen insbesondere:

- Die Suche nach und die Förderung aus Erdölvorkommen unterhalb einer Meerestiefe von 200 Metern sowie in ökologisch sensiblen Meeresgebieten zu beenden;
- Für die Suche und die Förderung von Erdöl in Meeresgebieten weder öffentliche Mittel bereit zu stellen, noch Bürgschaften oder Investitionsgarantien zu gewähren;

- Für die Zukunft auch andere Fördermethoden auszuschließen, die unverantwortlich hohe Risiken oder Umweltzerstörungen nach sich ziehen wie z.B. die Förderung von Ölsanden oder Ölschiefer.

2. Die Bundesregierung wird weiters aufgefordert, den Vorschlag von EU-Energiekommissar Oettinger zu unterstützen und sich auf EU-Ebene für ein Moratorium von Tiefseebohrungen einzusetzen.“

